

„Groß-Kosovo!“

1981, während der ersten albanischen Proteste in der damaligen Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo, kam die Losung „Kosova Republika!“ auf, die bereits zu diesem Zeitpunkt doppeldeutig war: Zum einen zielte sie auf die Aufwertung des seinerzeit zur Sozialistischen Republik Serbien gehörenden Autonomiegebietes zur siebten Teilrepublik der jugoslawischen Föderation, zum anderen aber schwang bereits die Forderung nach Eigenstaatlichkeit mit. 1989, im Jahr der Kassierung der Territorialautonomie des Kosovo durch die serbische Republikführung, trat der letztgenannte Aspekt der „Kosova Republika!“-Forderung in den Vordergrund, um 1992 zum gemeinsamen Ziel aller politischen Kräfte im Kosovo zu werden. Entsprechend kämpfte die „Armee zur Befreiung des Kosovo“ (UÇK) in den beiden Kriegeperioden von 1998 und 1999 explizit für die Herauslösung des Kosovo in seinen bis dahin inner-serbischen Verwaltungsgrenzen aus der serbisch-montenegrinischen Föderation sowie für seine staatliche Unabhängigkeit. Weiter reichende politische Konzepte wie eine Vereinigung mit der Republik Albanien und/oder einen Zusammenschluss des Kosovo mit den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten Montenegros, Serbiens und Mazedoniens schrieb man nicht aufs Papier: Kosovo war der Punkt eins der Tagesordnung, alles andere *cura posterior*.

Daran änderte sich auch nach der überraschenden Kapitulation der Armee Jugoslawiens und der Truppen des serbischen Innenministeriums im Juni 1999 zunächst nichts: Sowohl aus der Sicht der gemäßigten Parteien des Kosovo mit der „Demokratischen Liga des Kosovo“ (LDK) Ibrahim Rugovas an der Spitze als auch seitens der partiell entwaffneten und teils demobilisierten, teils in das *Kosovo Protection Corps* (TMK) und das *Kosovo Police Service* (KPS) übergeleiteten UÇK galt es nun, das UN-Protectoratsgebiet in die Selbständigkeit zu überführen und die diplomatische Anerkennung des neu zu schaffenden Staates seitens internationaler Organisationen, der Großmächte und Nachbarstaaten zu erreichen. Entsprechende Programme gaben sich auch die beiden politischen Nachfolgeorganisationen der UÇK, die „Partei des demokratischen Fortschritts im Kosovo“ (PPDK) Hashim Thaçis und die „Allianz für die Zukunft des Kosovo“ (AAK) Ramush Haradinajs.

„Großalbanische“ Rhetorik hielt man dabei aus mehreren Gründen für unzweckmäßig: Zum einen war man sich der abschreckenden Wirkung des Pan-Albanismus auf internationaler Ebene bewusst, zum anderen sprachen aber auch ganz konkrete Gründe dagegen. Denn das 1997 regelrecht kollabierte Albanien war zu keiner „nationalen“ Außenpolitik fähig, und angesichts der im Sommer 1999 mitnichten gebannten Gefahr einer militärischen Revanche Belgrads hatte die kosovoalbanische politische Führung starkes Interesse an guten Beziehungen sowohl zu Montenegro als auch zu Mazedonien, in deren Regierungen jeweils albanische Parteien vertreten waren. Im montenegrinischen Fall spielte und spielt auch die indirekte Unterstützung Prishtinas für die zentrifugalen Tendenzen in dieser jugoslawischen Teilrepublik eine Rolle, da man sich von einem Zerfall der Restföderation positive Wirkungen auf das eigene Streben nach Unabhängigkeit verspricht. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass Montenegro bislang außerhalb des Aktionsradius militanter kosovoalbanischer Extremisten geblieben ist.

Neben dem politischen Mainstream der Kosovoalbaner gab es aber vor allem in der kosovoalbanischen Arbeits- und Politemigration immer auch radikale Gruppen, die panalbanische Ideen propagierten. Im Zentrum stand dabei ein sämtliche Albaner des Balkans unter einem staatlichen Dach vereinigendes „Großalbanien“, doch während der ersten Runde des Kosovo-Krieges im Frühjahr und Sommer 1998 tauchte auch die Parole eines die „post-

jugoslawischen“ Albaner vereinenden „Groß-Kosovo“ auf. So beschrieb etwa Jashar Salihu, der Vorsitzende des kosovoalbanischen „Homeland Calling Fund“, der in der Diaspora Spendengeldern zur Finanzierung der UÇK sammelte, auf einer Pressekonferenz im Juli 1998 in London seine Vision von „Groß-Kosovo“ wie folgt: „Kosovo beginnt in Bar in Montenegro und endet in Bitola in Mazedonien. Es ist uns egal, was Amerika und England darüber denken. Es ist uns egal, was Clinton und andere Teufel darüber denken! Wir werden die Wahrheit sagen!“ Was zum Zeitpunkt der entscheidenden Offensive der Armee Jugoslawiens und der serbischen Sonderpolizei gegen die UÇK die unmaßgebliche Äußerung einer politischen Randfigur war, sollte sich nach dem „Sieg“ der UÇK in der zweiten Kriegsrunde unvergleichlich gewichtiger ausnehmen.

„Ost-Kosovo“

Der all-kosovarische Konsens bezüglich einer Kooperation mit der *United Nations Interim Administration Mission in Kosovo* (UNMIK) und der *Kosovo Force* (KFOR) begann bereits ein halbes Jahr nach dem Einmarsch von NATO-Truppen und UÇK in Prishtina zu bröckeln. Hintergrund war der heftige heimliche Machtkampf zwischen Vertretern der älteren Generation gemäßiger Pazifisten um die LDK und meist jüngeren Radikalen um die UÇK-Tarn- und Nachfolgeorganisationen sowie der gleichfalls interne, zum Teil blutig ausgetragene Streit innerhalb des radikalen Lagers zwischen Politikern und Militanten. Denn neben den Teilen der UÇK, die im Zuge ihrer förmlichen Demobilisierung am 20. September 1999 in den genannten „offiziellen“ Parteien und Organisationen PPK, AAK und TMK aufgingen, tauchte ein anderer Teil, der sich jetzt „Albanische Nationale Armee“ (AKSh) und in der Folge „Armee zur Nationalen Befreiung“ nannte, erneut in die Illegalität ab. Eigentlicher Auslöser war der eskalierende Konflikt um die Stadt Mitrovica, die serbische Hochburg im Norden des Kosovo: Je deutlicher die Teilung der Stadt wurde, desto attraktiver erschien der demobilisierten UÇK-Führung der Plan eines serbisch-albanischen Gebietstausches bei Änderung der nun internationalisierten Außengrenzen des Kosovo: „Ost-Kosovo“, also die beiden mehrheitlich albanisch besiedelten Regionen im Südwesten Serbiens, gelegen um den Ort Medvedja einerseits sowie um die Städte Bujanovac und Preševo an der Autobahn- und Bahnstrecke Belgrad–Skopje–Athen andererseits, sollte gegen Nord-Kosovo mit den Gemeindebezirken Zvečan und Leposaviq sowie Teilen von Mitrovica getauscht werden.

Diese Überlegungen veranlassten Extremisten im UÇK-Umfeld Ende Januar 2000 dazu, im Süden der fünf Kilometer tiefen entmilitarisierten Bodensicherheitszone (*Ground Safety Zone*) im serbischen Grenzgebiet zum Kosovo eine „Armee zur Befreiung von Preševo, Medvedja und Bujanovac“ (UÇPMB) zu gründen und mit dieser Truppe „befreite Gebiete“ zu schaffen. Unter US-amerikanischem Druck setzte jedoch Hashim Thaçi am 24. März 2000 durch, dass die UÇPMB dem bewaffneten Kampf gegen Serbien förmlich abschwor. Künftig sollte ein „Politischer Rat für Ost-Kosovo“ mit friedlichen Mitteln für die „Befreiung“, das heißt den Anschluss der Region an das Kosovo, kämpfen. An dieses Abkommen fühlte sich indes nur ein Teil der UÇPMB-Aktivisten gebunden. Der andere Teil kooperierte von nun an eng mit der besagten „Armee zur Nationalen Befreiung“ – abgekürzt ebenfalls UÇK und im folgenden daher als „UÇK II“ bezeichnet –, die vom Herbst 1999 an im Grenzgebiet Mazedoniens zum Kosovo, der sogenannten „Zweiten Operativen Zone“ der UÇK im Kosovo-Krieg, Anschläge verübte.

Eine virtuelle Staatsgrenze

Die Zusammenarbeit der beiden UÇK-Nachfolgeorganisationen UÇPMB im serbischen „Ost-Kosovo“ und UÇK II im mazedonischen „Süd-Kosovo“ wurde durch zwei

Besonderheiten der Grenzregime im Dreiländereck zwischen Jugoslawien, Mazedonien und dem UN-Protectoratsgebiet stark erleichtert. Dabei handelte es sich zum einen um den Umstand, dass ein fünf Kilometer langer Abschnitt der jugoslawisch-mazedonischen Grenze beim Berg Crni vrh bis zum März 2001 der Kontrolle durch jugoslawische Grenztruppen entzogen war, da er zur besagten Sicherheitszone gehörte. Zum anderen stellte (und stellt) die gesamte Nordgrenze Mazedoniens zu Jugoslawien und zum internationalen Protectoratsgebiet von 1991 an bis heute auf weiten Strecken ein Niemandsland von bis zu einem und mehr Kilometern Breite dar, ist doch der Verlauf dieser vormals innerjugoslawische Verwaltungsgrenze zwar Anfang 2001 im Detail durchgängig festgelegt worden, doch im Terrain noch immer nicht markiert. Die Gründe hierfür sind verschiedener Art: An erster Stelle ist zu nennen, dass der Grenzverlauf nur partiell katastermäßig erfasst, streckenweise lediglich durch Beschreibungen des Typus „Von den drei Buchen bis zur Quelle des Baches“ angedeutet ist.

Hinzu kommt, dass die Staatswerdung der Republik Mazedonien 1991 nicht zur völkerrechtlichen Anerkennung durch die benachbarte Sozialistische Föderation Republik Jugoslawien (SFRJ – ab April 1992 Bundesrepublik Jugoslawien) geführt hat, folglich keine bilaterale Grenzkommission zum Zweck der Festlegung der Grenzlinie eingesetzt wurde. Daran änderte sich auch nach der Anerkennung Skopjes durch Belgrad im April 1996 nichts, da der mazedonischen Seite die mehrwöchige militärische Besetzung des auf eigenem Territorium gelegenen Berges Čupino brdo durch die Armee Jugoslawiens im Sommer 1994 noch allzu frisch im Gedächtnis haftete und die jugoslawische Seite die historisch begründete Forderung Mazedoniens nach Abtretung des grenznahen Klosters Sv. Prohor Pčinški strikt ablehnte. UNMIK schließlich fühlte sich zur Markierung der Grenze des Protectoratsgebiets zu Mazedonien nicht berufen, da die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 vom 10. Juni 1999 lediglich von *Grenzkontrolle*, nicht von *Grenzfestlegung* sprach und überdies eine „jugoslawische und serbische Präsenz an wichtigen Grenzübergangsstellen“, von denen zwei nach Mazedonien führten, vorsah. Zwar wurden Anfang 2000 eine jugoslawisch-mazedonische Grenzkommission gebildet und eine Reihe von Treffen abgehalten, doch bis zum Beginn des Jahres 2001 waren von 330 Kilometern Grenzverlauf erst ganze acht festgelegt. Entsprechend war die gesamte Dekade von 1991 bis 2001 hindurch die jugoslawisch-mazedonische beziehungsweise mittlerweile serbisch-mazedonische sowie kosovoalbanisch-mazedonische Grenze ein Quell ständiger Unsicherheit und Ursache zahlreicher, zum Teil gravierender Grenzzwischenfälle, einige Dutzend davon mit Todesfolge.

Wenn diese labile Situation dennoch erst vom Jahr 2000 an von einem militärischen und sicherheitspolitischen zu einem innenpolitischen Problem für Mazedonien wurde, dann lag dies daran, dass die Nordgrenze samt einem Teil der Westgrenze des Landes von Anfang 1992 an bis zum Beginn des Jahres 1999 nicht von mazedonischer Polizei und Armee, sondern vom UNPROFOR-Kontingent (von 1995 an: *United Nations Preventive Deployment Force* – UNPREDEP) kontrolliert wurde. Der von China im März 1999 als Reaktion auf die mazedonische Anerkennung Taiwans im UN-Sicherheitsrat erzwungene Abzug der Blauhelme aus Mazedonien führte zum Entstehen eines Vakuums im äußersten Norden des Landes, da mazedonische Grenztruppen und Polizei die UNPREDEP-Infrastruktur nicht übernahmen, also nicht an die mutmaßliche Grenzlinie vorrückten. Der Grund hierfür war, dass die der größten Regierungspartei, der „Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation – Demokratische Partei der Mazedonischen Nationalen Einheit“ (VMRO-DPMNE), angehörende Innenministerin Dosta Dimovska sich an ein Gentleman's Agreement mit dem Koalitionspartner, der „Demokratischen Partei der Albaner“ (DPA) mit Arbën Xhaferi an der Spitze, hielt. Diese informelle Übereinkunft vom Ende 1998 besagte, dass DPA-Vize Menduh Thaçi den über die beiden Grenzübergänge von Mazedonien nach Kosovo

sowie über die grüne Grenze gehenden Schleichhandel fiskalisch abschöpfen beziehungsweise selbst betreiben durfte. Dass also vom März 1999 an das Grenzgebiet einschließlich großer Dörfer wie etwa dem Grenzort Tanuševeci (albanisch: Tanusha) ein rechtsfreier Raum war, hatte bereits die „alte“ UÇK während der zweiten Runde des Kosovo-Kriegs genutzt. Nun kam dieser Umstand der UÇK II zugute, die überdies davon profitierte, dass auch das ab Juni 1999 auf der anderen Seite der Grenzzone stationierte US-amerikanische KFOR-Kontingent unkontrollierten Waren- und Personenverkehr vom mazedonischen Tanuševeci in den Kosovo-Marktflecken Viti (serbisch: Vitina) zuließ. Für die Guerilla war daher das Einsickern in das Grenzgebiet ebenso einfach wie die Absicherung neuer Einflussbereiche zum Landesinneren hin durch Panzerminen, und entsprechend kam es im Zeitraum April-September 2000 zu einer Reihe von schweren Zwischenfällen. Die militanten Radikalen im Kosovo bauten also neben dem Südabschnitt der Sicherheitszone auch die Grenzzone im Norden Mazedoniens zu ihrem Einfluss-, Rückzugs- und Schonraum aus, in dem sie Waffen-, Munitions- und Ausrüstungsvorräte anlegen, militärische Ausbildungsprogramme absolvieren, Logistik aufbauen und Führungsstrukturen ausbilden konnten. Je länger die Ungewissheit über den künftigen Status des Kosovo andauerte, je größer die Friktionen zwischen der teildemobilisierten „alten“ UÇK auf der einen sowie der LDK, der Kosovoserben, UNMIK und KFOR auf der anderen Seite wurden, desto größer wurden im Kosovo sowie in der Sicherheitszone und in Mazedonien personeller Zulauf, finanzielle Unterstützung und politische Sympathien für die gewaltbereite Guerilla.

Wendepunkte 2000

Im Sommer und Herbst 2000 gab es eine Reihe von Ereignissen, die seitens der Radikalen im Kosovo sowie vor allem von UÇPMB und UÇK II als Bedrohung gedeutet und entsprechend militant beantwortet wurden:

- Auf den ersten Blick wenig spektakulär, in seinem Symbolgehalt aber kaum zu überschätzen war das am 25. Juli 2000 im mazedonischen Parlament verabschiedete neue Gesetz über die Hochschulbildung. Es machte nach Jahren der Konfrontation samt etlichen Todesopfern den Weg frei für einen Kompromiss in der Frage einer albanisch(sprachig)en Universität in Mazedonien. In Form der Gründung einer privaten, international finanzierten und dreisprachigen „South East European University at Tetovo“ unter der Schirmherrschaft des OSZE-Hochkommissars für Nationale Minderheiten und der Europäischen Kommission wurde dieser Kompromiss am 19. Dezember 2000 mit der in Skopje mitregierenden DPA festgezurr. Damit steuerte die seit 1995 schwelende „Universitätsfrage“ auf eine Teillösung zu – bei Marginalisierung der 1994 gegründeten „illegalen“ albanischen Universität im Tetovo-Stadtteil Mala Rečica, die eine Hochburg der Radikalen darstellt.
- Einem regelrechten Schock für die gesamte albanische Öffentlichkeit des Kosovo kam die überschwänglich positive Reaktion der Staatengemeinschaft auf den Regierungswechsel vom 5. Oktober 2000 in Belgrad gleich: Nicht nur, dass das Thema Kosovo nun auf der internationalen Balkan-Agenda vom ersten Platz nach hinten rutschte, wurde in Prishtina als bedrohlich empfunden, sondern vor allem der Wegfall des transatlantischen Solidarisierungsfaktors Milošević.
- Gleich die nächste Schockwelle erreichte den radikalen Teil der Kosovoalbaner mit den Kommunalwahlen im Kosovo vom 28. Oktober 2000, die mit einem deutlichen Sieg der Gemäßigten um Rugovas LDK endeten. Diese politische Niederlage erhöhte die Bereitschaft zur Rückkehr zur Gewalttaktik deutlich.
- Nicht zu unterschätzen ist auch die Auswirkung der US-Präsidentenwahl vom 7. November 2000, die nach Wochen wahlrechtlicher Blockade und Aufbau einer neuen

Regierung zu einer balkanpolitischen Passivierung Washingtons führte. Der direkte Draht ins State Department, dessen sich die UÇK-Ableger – sei es zu Recht, sei es zu Unrecht – rühmten, riss nun ab. Dies bedeutete zugleich, dass eine Disziplinierung der Militanten, wie noch im März 2000 im Falle der UÇPMB von den USA durchgesetzt, von nun an schwierig, wenn nicht gar unmöglich war.

Vom Ende November 2000 an führten die multiplen Frustrationen der Radikalen im Kosovo zu einer Reaktivierung der UÇPMB in der Sicherheitszone. „Wir können auch wieder anders!“ und „Der Kampf geht weiter!“ waren die Botschaften an die Staatengemeinschaft, die in der neuerlichen Schaffung „befreiter Gebiete“ in „Ost-Kosovo“ steckten.

Die Rückkehr der Armee Jugoslawiens in den Süden der Sicherheitszone

Mit ihrer neuerlichen Taktik der Zurückdrängung jugoslawischer Sicherheitskräfte aus der Sicherheitszone im Winter 2000/01 hatte die UÇPMB die Rechnung allerdings ohne den Wirt gemacht, hieß dieser jetzt doch nicht mehr Milošević sondern Koštunica beziehungsweise Djindjić. In einer flexiblen Doppelstrategie beorderte der stellvertretende serbische Regierungschef Nebojša Čović die Polizeikräfte weitgehend aus der Sicherheitszone ab und unternahm zeitgleich mit diplomatischen Mitteln den Versuch einer Modifizierung des Militärisch-technischen Abkommens mit der NATO in Kumanovo vom 9. Juni 1999. Die praktisch-operative Kooperation, die sich seit Oktober 2000 zwischen der KFOR auf der einen Seite der Sicherheitszone und der Armee Jugoslawiens wie der serbischen Polizei auf der anderen entwickelt hatte, nahm nun auch politische Qualität an. Der Tod dreier serbischer Polizisten, die am 18. Februar 2001 bei Preševo auf eine von der UÇPMB gelegte Panzermine gefahren waren, wirkte dabei ebenso als Katalysator wie ein bereits zwei Tage zuvor erfolgter Raketenanschlag auf einen mit serbischen Zivilisten besetzten Bus im Norden des Kosovo, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen. Die NATO, die den größten Teil der KFOR-Kräfte stellte, musste nun handeln. Da es dem als Vermittler eingesetzten Sondergesandten Pieter Feith nicht gelang, die UÇPMB zum Einlenken zu bewegen, beschloss der NATO-Rat am 8. März 2001, jugoslawischen Truppen das Einrücken in den 25 Quadratkilometer großen Südteil der Sicherheitszone (*Sektor C–Ost*) zu gestatten und Belgrad so die Kontrolle der Grenze sowohl zum Kosovo wie zu Mazedonien zu ermöglichen. Die Wirkung auf die UÇPMB war im Wortsinne durchschlagend: Am 12. März setzten ihre Vertreter in Končulj bei Bujanovac ihre Unterschriften unter ein von der NATO vermitteltes Waffenstillstandsabkommen mit Belgrad und verpflichteten sich damit, vom 13. März an auf Gewaltanwendung zu verzichten. Ebenfalls am 12. März schlossen die NATO und Jugoslawien in Medare bei Podujeva im Kosovo ein Abkommen über die schrittweise Rückkehr jugoslawischer Truppen in die Sicherheitszone. Bereits am 14. März rückte die 63. Fallschirmjägerbrigade der Armee Jugoslawiens in den südlichen Abschnitt ein, den die UÇPMB zu diesem Zeitpunkt evakuiert hatte. Ausschlaggebend für den NATO-Beschluss und für das Abkommen mit Belgrad war neben der akuten Spannung in der Sicherheitszone dabei die Ausweitung der Guerillaaktivität auf Nordmazedonien gewesen, hier auf die Gegend um das Grenzdorf Tanuševeci.

Drôle de guerre in Mazedonien

Sowohl die Einengung des Handlungsspielraums in der Sicherheitszone als auch eine deutliche Annäherung zwischen Belgrad und Skopje hatten der kosovoalbanischen Guerilla einen Wechsel nach Nordmazedonien sinnvoll erscheinen lassen. Denn in der zweiten Januarhälfte einigten sich Jugoslawien und Mazedonien in der bilateralen Grenzkommission auf die Festlegung der Grenzlinie zum Kosovo, was aus kosovoalbanischer Sicht den Verlauf der Südgrenze eines künftig unabhängigen Kosovo präjudizierte und somit einer Provokation

gleichkam. Zugleich entfiel in derselben Perspektive nun die *raison d'être* der multiethnischen, aus konservativ-mazedonischen und konservativ-albanischen Parteien bestehenden Regierungskoalition in Skopje, nämlich die gemeinsame anti-serbische Frontstellung. Hinzu kam die Kritik daran, dass Staat und Mehrheitsbevölkerung Mazedoniens in den zehn Jahren der Unabhängigkeit die schwierige Aufgabe einer Integration der Albaner in den politischen Prozess, gar in den öffentlichen Dienst, also ihre Aufwertung von geduldeten *Staatsangehörigen* zu wenn nicht geschätzten, so doch wenigstens akzeptierten *Staatsbürgern*, verschleppt hatten. Und schließlich stieß auch die Praxis der bi-ethnischen Koalitionsregierung, Mitgliedern des Parteiestablishments von VMRO-DPMNE und DPA mittels ökonomischen Kuhhandels wechselseitig lukrative Pfründe zu sichern, auf moralisch und patriotisch begründete Ablehnung.

Gewaltsamen Ausdruck fand dieses Umdenken am 22. Januar 2001 in einem Überfall auf eine mazedonische Polizeistation im Dorf Tearce bei Tetovo, bei dem ein Polizist getötet wurde. Die mazedonischen Sicherheitskräfte ergriffen Gegenmaßnahmen, doch am 12. Februar besetzen UÇK II-Kämpfer Tanuševci ein weiteres Mal und lieferten sich bis zum 11. März Gefechte mit der mazedonischen Sonderpolizei. Zu einem schweren Zwischenfall kam es dabei am 4. März, als drei mazedonische Polizisten durch eine von der Guerilla gelegte Panzermine ums Leben kamen. Die US-amerikanischen KFOR-Einheiten in dem nur wenige hundert Meter von Tanuševci entfernten Weiler Mijak verhielten sich überwiegend passiv. Erst am 7. März griffen sie in die Kämpfe ein und rückten nach Tanuševci vor. Allerdings setzten sie die dort angetroffenen Guerillas nicht fest, sondern ließen deren Rückzug ins Innere Mazedoniens zu, was diesen die Neuformierung samt Verlegung des Aktionsgebietes in die Nähe der zu 85 Prozent von Albanern bewohnten und mit 100 000 Einwohnern zweitgrößten mazedonischen Stadt Tetovo ermöglichte. Am 12. März, dem Tag der Abkommen von Končulj und Medare über „Ost-Kosovo“, hatten mazedonische Sicherheitskräfte Tanuševci unter Kontrolle gebracht.

Der Tropfen, der aus der Sicht der albanischen Guerilla das Fass zum Überlaufen brachte, war von den internationalen Medien nahezu unbemerkt geblieben: Am 23. Februar 2001 unterzeichneten der jugoslawische und der mazedonische Präsident am Rande eines Südosteuropa-Gipfels in Skopje die im Januar getroffene Vereinbarung zur Festlegung der gemeinsamen Grenze – und zwar sowohl in ihrem südserbischen als auch ihrem kosovarischen Verlauf. Ziel dieser Übereinkunft, die vom UN-Sicherheitsrat explizit begrüßt wurde, war es, den illegalen Grenzübertritt zu erschweren sowie den beschriebenen Niemandslandstreifen zu beseitigen. Um die Mittagszeit des 14. März – dem Tag des Einrückens jugoslawischer Einheiten in die Sicherheitszone feuerten in Tetovo während einer von dem Abgeordneten Kastriot Haxhirexa angemeldeten und von mehreren tausend jugendlichen Albanern besuchten Demonstration mit dem Motto „Gegen den mazedonischen Staatsterror!“ UÇK II-Guerillas Gewehrsalven von den nordwestlich der Stadt gelegenen Hügeln. Was in den folgenden Tagen von den internationalen Medien zum Beginn eines ethnischen Bürgerkriegs hochgeschrieben wurde, erwies sich zunächst als *drôle de guerre*, das heißt als „Sitzkrieg“, gar als Farce. Ein neutraler Beobachter des interethnischen Verhältnisses im Lande, der langjährige Direktor des mazedonischen Büros der Nichtregierungsorganisation „Search for Common Ground“, Eran Fraenkel, warnte daher frühzeitig davor, dass unverantwortliche Berichterstattung internationaler Medien mehr Gewalt provozieren könne als die UÇK II selbst.

Zwar benötigten Armee und Sonderpolizei Mazedoniens etliche Tage, um Panzer wie Artillerie nach Tetovo zu verlegen, vor allem aber um in der Ukraine drei Kampfhubschrauber zu kaufen und zu überführen, doch trieben sie in einer vom 18. bis zum 26. März anhaltenden Offensive die Guerilla teils in den äußersten Norden Mazedoniens, teils über das Šar-Gebirge ins Kosovo. Dabei legten sich beide Seiten unverkennbar Zurückhaltung

auf, so dass es nur ausnahmsweise zu Todesopfern, Verletzten oder Sachschäden kam – ein gravierender Unterschied zum Konfliktverlauf im Kosovo der Jahre 1998 bis 1999. Nachdem Widerstandsnester auf mazedonischem Territorium um das Dorf Gračani ausgehoben waren, hatten die Sicherheitskräfte Anfang April die Kontrolle über das Staatsgebiet weitgehend wiederhergestellt. Eine parallele Entwicklung fand im serbisch-kosovarischen Grenzgebiet statt, wo am 25. März die Armee Jugoslawiens jetzt auch in den Südteil des zirka 40 km langen Sektor B der Sicherheitszone zurückkehrte. Einen die angespannte Situation beruhigenden Effekt hatte der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Mazedonien vom 9. April. An der Zeremonie in Luxemburg nahm auch der Vorsitzende der DPA, Xhaferi, teil, während die zweite große albanische Partei Mazedoniens, die „Partei der Demokratischen Prosperität“ (PDP) unter Imer Imeri, dem Ereignis unter Hinweis auf die Nichterfüllung ihrer Forderung nach substantiellen Änderungen der Verfassung von 1991 fernblieb.

Mazedonischer Zick-Zack-Kurs

Eine neue Qualität gewann die Konfrontation zwischen der sich reorganisierenden UÇK II und Sicherheitskräften in Mazedonien am 28. April, als ein Minenräumzug der Armee Mazedoniens im Grenzgebiet bei Tetovo in einen Hinterhalt der Rebellen geriet. Im Zuge eines Mörserangriffs starben dabei acht Soldaten einer Eliteeinheit. Die Beerdigung von vier der Opfer bei Bitola am 1. Mai löste in den beiden darauffolgenden Nächten pogromartige Ausschreitungen gegen albanische Läden und Lokale im Zentrum der Stadt aus. Am 2. Mai überfiel in Skopje ein mazedonisch-nationalistisches „Kommando Todor Aleksandrov“ ein albanisches Café, wobei ein Albaner aus dem Kosovo getötet wurde. Im Anschluss an die Militäraktion bei Tetovo verlegte die UÇK II ihre Operationen in das Dreiländereck Mazedonien-Kosovo-Serbien, wo sie auf mazedonischer Seite ein „befreites Gebiet“ um die Dörfer Lipkovo, Slupčane und Vaksince nordöstlich der multiethnischen, von Serben, Roma, Albanern und Mazedoniern bewohnten Stadt Kumanovo proklamierte. Am 3. Mai starteten Sonderpolizei und Armee Mazedoniens eine Offensive zur Vertreibung der Rebellen, bei der Artillerie, Panzer und Kampfhubschrauber eingesetzt wurden und die auf beiden Seiten Todesopfer kostete. Die unter starkem internationalen Druck am 13. Mai schließlich erfolgte Bildung einer Allparteienregierung in Skopje mit dem Ziel der Erreichens eines Burgfriedens samt Verfassungsänderung entspannte die Lage allerdings deutlich. Albanischerseits gehört seitdem neben der DPA auch die PDP der Regierung an, mazedonischerseits zusätzlich zur VMRO-DPMNE auch der große „Sozialdemokratische Bund Mazedoniens“ (SDSM) des ehemaligen Ministerpräsidenten Branko Crvenkovski. Der „interethnische Dialog“, den DPA-Chef Xhaferi im März eingefordert und den Präsident Boris Trajkovski im April in Form eines Rundes Tisches initiiert hatte, konnte nun parallel am Kabinetttisch stattfinden. Positive Spillover-Effekte aus Richtung Kosovo hatten diesbezüglich am 14. Mai die Verkündung des Datums der ersten Parlamentswahlen im Protektoratsgebiet am 17. November 2001 durch UNMIK-Chef Per Haekkerup sowie einen Tag später dessen Vorstellung eines „Verfassungsrahmens für vorübergehende Selbstregierung“ des Kosovo zur Folge, dem alle wichtigen politischen Faktoren in Prishtina zustimmten. Konkreter Niederschlag all dieser kleinen Schritte zum Besseren hin war am 17. Mai ein von der NATO vermittelter vorläufiger Waffenstillstand zwischen der mazedonischen Armee und der UÇK II.

Allerdings verhärteten sich Premierminister Ljubčo Georgievski und seine VMRO-DPMNE unter dem militärischen Druck der UÇK einerseits und dem diplomatischen der westlichen Vermittler andererseits zunehmend: „Der Westen“, so Georgievskis Vorwurf, wolle die „albanischen Terroristen“ durch Zugeständnisse der mazedonischen Mehrheit „belohnen“, ja, stecke mit ihnen gar unter einer Decke – eine Verschwörungstheorie, die sich binnen weniger

Wochen zu einer self-fulfilling prophecy auswachsen sollte. Der Bruch des Waffenstillstands durch die mazedonische Armee am 22. Mai, die Übergabe auch des mittleren und nördlichen Teils des Sektor B der Sicherheitszone an Belgrad am 24. Mai sowie ein neuerliches mazedonisches Pogrom gegen die Albaner Bitolas am 6. Juni bewogen die UÇK II, den Konflikt auf eine neue Eskalationsstufe zu heben: Am 8. Juni besetzten mehrere hundert ihrer Kämpfer den Skopjoter Vorort Aračinovo (albanisch Haračin) und trugen damit den Krieg – vorerst noch symbolisch – in das Machtzentrum des Gegners. Unter den zahlreichen, mehrheitlich albanisch besiedelten und die mazedonische Hauptstadt ringförmig umgebenden Großdörfern war die PDP-Hochburg Aračinovo nicht zufällig gewählt: Der Ort liegt in unmittelbarer Nähe nicht nur der internationalen Autobahn- und Bahnstrecke Athen-Belgrad und der einzigen Raffinerie des Landes, erworben unlängst von einem griechischen Investor, sondern auch des Skopjoter Flughafens Petrovec, dem Nachschubdrehkreuz für die KFOR. Entsprechend verstärkte die NATO ihren ohnehin hohen Vermittlungsdruck erneut und handelte mit dem mazedonischen Präsidenten eine Vereinbarung über freies Geleit für den Abzug der UÇK II aus Aračinovo aus. Am 25. Juni eskortierte KFOR etwa 400 UÇK II-Rebellen in voller Bewaffnung und Uniform mit Bussen aus Aračinovo in das „befreite Gebiet“ bei Lipkovo. Der zunehmend größer werdende nationalistisch gesinnte Teil der mazedonischen politischen Klasse wertete diese „Rettungsaktion“ der NATO für ihre „Verbündeten“ als ultimativen Beleg für die genannte Verschwörungstheorie. Allerdings saß der Schock in Folge des Auftauchens der UÇK II unmittelbar vor der Hauptstadt sowie des erneut unprofessionellen Agierens der eigenen Armee und Sonderpolizei so tief, dass sich Premierminister, Verteidigungsminister und Innenministerin – alle drei VMRO-DPNME-Mitglieder – ein weiteres Mal dem Druck der Staatengemeinschaft fügten. Daher konnte die NATO am 5. Juli einen diesmal unbefristeten Waffenstillstand vermitteln sowie mit Hilfe der EU und der USA auch den „interethnischen Dialog“ neu beleben. Ob dieser Initiative Erfolg beschieden sein wird, ist ungewiss, zumal hinter den Kulissen ein heftiger Machtkampf zwischen dem auf eine militärische Lösung setzenden Regierungschef Georgievski und seinem für eine Verhandlungslösung optierenden Parteifreund im Präsidentenamts, Trajkovski, im Gange ist.

„Groß-Kosovo“ – eine Zwischenbilanz

Das Ergebnis eines Jahres Kampf für „Groß-Kosovo“ nimmt sich ambivalent aus: „Ost-Kosovo“, also die Sektoren C-Ost und B der Bodensicherheitszone, sind verloren, da wieder unter der Kontrolle Belgrads, und die UÇPMB ist wenn nicht zerschlagen, so doch in den Untergrund des Kosovo beziehungsweise nach Mazedonien abgedrängt. Allerdings ist der Nimbus der UÇPMB deutlich gestärkt worden: Zum einen konnte sie ihre Aktionen unmittelbar unter den Augen von UNMIK planen und vorbereiten, sie über die von der KFOR patrouillierte Grenze in die Sicherheitszone von Serbien hinein tragen sowie schließlich über dieselbe Grenze geordnet wieder zurückkehren. Zum anderen wurde die UÇPMB durch das Waffenstillstandsabkommen mit der KFOR in Končulj de facto als gleichberechtigter Kombattant anerkannt und damit legitimiert. Dem „Goliath“ KFOR mit seinen über 40.000 schwer bewaffneten Mann, so die kosovo- und gesamtalbanische Binnensicht, ist es nicht gelungen, den „David“ UÇPMB in seiner Beweglichkeit einzuschränken, geschweige denn ihn zu kontrollieren. Dazu bedurfte es vielmehr hochrangiger NATO-Vermittlung, welche die Rebellen „auf gleicher Augenhöhe“ angenommen und der sie sich schließlich aus „Staatsräson“ gefügt haben. „Im Felde unbesiegt“, so diese Perspektive, hat sich die UÇPMB also auch politisch bewährt und als rationaler „Partner der NATO“ erwiesen.

Ähnlich die Lage in Mazedonien, wo NATO, EU und OSZE – ungeachtet anderslautender Erklärungen – die UÇK II spätestens seit dem Mai 2001 de facto ebenfalls als Verhandlungspartner akzeptiert und damit zumindest partiell legitimiert haben. Entsprechend

ist auch das Prestige dieser Guerillaformation sprunghaft gestiegen, wobei das umsichtige Agieren ihres „Politischen Direktors“ Ali Ahmeti wohl ausschlaggebend war. Doch anders als in der Sicherheitszone ist in Mazedonien die von den Rebellen inszenierte Krise nicht beigelegt. Ja, selbst nach vier Monaten bewaffneten Konflikts auf dem Territorium der Republik Mazedonien bleiben für den Verhandlungsprozess, gar für eine Verhandlungslösung so zentrale Fragen wie die nach den eigentlichen Zielen der UÇK II – „bloß“ innere Selbstbestimmung oder doch Sezession? – und ob sie mit ihrem Aufruf zu einem *levée en masse* gescheitert ist oder im Gegenteil kurz vor einem entscheidenden Durchbruch steht, unbeantwortet. Die Krise in Mazedonien zeigt aber auch, dass im „zivilen“ Bereich beiden politischen Elitengruppierungen – DPA und PDP auf der einen, VMRO-DPMNE und SDSM auf der anderen – die Definitionsmacht in ihrer jeweiligen Teilgesellschaft sukzessive entgleitet. Dies kommt nicht nur den Extremisten im albanischen Lager, sondern auch den Radikalen im mazedonischen zugute. Den Letztgenannten war durch den Wahlsieg der VMRO-DPMNE 1998 der Resonanzboden abhanden gekommen, doch die Plünderungen von Bitola und der Anschlag von Skopje im Mai 2001 belegen, dass ethnisch, kulturell, religiös sowie rassistisch argumentierende Populisten Oberwasser erhalten. Auch haben sich bereits nach serbischem Vorbild großmazedonisch orientierte paramilitärische Gruppen wie die „Tiger“, die „Löwen“ und der „Graue Vogel“ gebildet. Besonders besorgniserregend ist, dass die mazedonischen Extremisten Rückhalt auch in der Polizei finden, die Bürgern albanischer Herkunft in der Regel mit Misstrauen, nicht selten auch mit exzessiver und ungesetzlicher Gewalt begegnet. Hinzu kommt, dass im Zuge der Ereignisse von Aračinovo eine große Zahl von Polizeireservisten bewaffnet wurde.

Der UÇPMB und der UÇK II ist es bislang nicht gelungen, den *aktiven* Rückhalt der albanischen politischen Klasse des Kosovo, Mazedoniens, Serbiens, Montenegros oder gar Albaniens zu gewinnen. Vielmehr haben sämtliche albanische politische Faktoren auf dem Balkan sowie die große Mehrheit der Medien öffentlich negativ auf die Guerillastrategie und das „Groß-Kosovo“-Programm reagiert. Nicht nur die LDK-Anhänger um Rugova, sondern auch die Mehrzahl der Post-UÇK-Sympathisanten um Thaçi und Haradinaj haben aktiv an der Eindämmung der Eskalation in der Sicherheitszone mitgewirkt und die Gewaltstrategie UÇK II in Mazedonien abgelehnt. Ähnliches gilt für die beiden großen politischen Lager Albaniens, die beide auf NATO und EU, nicht hingegen auf Pan-Albanismus setzen. Auch die beiden großen albanischen Parteien Mazedoniens haben das gewaltsame Vorgehen der UÇK II - ungeachtet allfälliger Sympathien ihrer eigenen Mitglieder – mehrfach scharf verurteilt. Doch ist das, wie gesagt, die Oberfläche. Wie hoch der Grad der Zustimmung unterhalb der Ebene der Eliten ist, lässt sich nur vermuten.

Bilanzierend ist festzustellen, dass den Propagandisten des „Groß-Kosovo“-Konzepts in den beiden Jahren seit Errichtung des Protektorats zwar nicht der politisch-militärische Durchbruch gelungen ist, sie aber doch einen beachtlichen Gewinn an Prestige und in Mazedonien auch an Terrain erzielt haben. Sie sind damit zum wichtigsten außerparlamentarischen Faktor unter den post-jugoslawischen Albanern geworden – ein Faktor, der im Eskalationsfall zum dominierenden werden könnte. Aus der Sicht der UÇK-Epigonen wichtigste Voraussetzung für eine umfassende Polarisierung, Radikalisierung und ultimative Mobilisierung ihrer Zielgruppen ist das Offenhalten der Frage nach dem Status des Kosovo: Je länger diese offen bleibt, je größer die Unzufriedenheit der Albaner im Kosovo wird, desto größer sind Rekrutierungspotenzial, politischer Rückhalt sowie Resonanz für die Gewaltstrategen in den Nachbarstaaten. Jedes Hinausschieben einer Entscheidung über den zukünftigen völkerrechtlichen Status des Kosovo birgt daher ein großes Risiko für die 1999 vorangetriebene Stabilisierung Südosteuropas, ja kann zur Umkehrung dieses Prozesses führen. Um den Status zu regeln, muss aber zunächst der Verhandlungsrahmen für die Statusfrage gezimmert werden. Ist das geschafft, besteht begründete Aussicht darauf, dass

sich der Weg zu einer einvernehmlichen Verhandlungslösung als das eigentliche Ziel entpuppt. Im Prozess des Verhandeln liegt folglich die Chance zu nachhaltigem Interessenausgleich – nicht im bloßen Gegenüberstellen des jeweils präferierten Ergebnisses. Das Zimmern des Rahmens obliegt der Staatengemeinschaft, das Verhandeln den legitimierte Vertretern der Konfliktparteien. Deren gemeinsames post-jugoslawisches Erbe, das sich im „Groß-Kosovo“-Programm in ebenso spezifischer wie fataler Weise verdichtet hat, könnte dabei ausnahmsweise positive Wirkung haben.

Prof. Dr. Stefan Troebst

Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig
Stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums für Geschichte
und Kultur Ostmitteleuropas, Leipzig

Literatur

Albanians as Majorities and Minorities. A Regional Dialogue. Project on Ethnic Relations, Athens, 1./2.12.2000. Princeton, NJ 2001

Farimah Daftary: Testing Macedonia. ECMI Brief 4, 5/2001 <<http://www.ecmi.de>>

International Crisis Group: The Macedonian Question. Reform or Rebellion. Skopje, Brussels, 5.4.2001 (= ICG Balkans Report 109)

International Crisis Group: Macedonia. The Last Chance for Peace. Skopje, Brussels, 20.6. 001 (= ICG Balkans Report 113)

International Crisis Group: Macedonia. Still Sliding. Skopje, Brussels, 27.7.2001 (= ICG Balkans Briefing)

Tim Judah: Greater Albania? In: The New York Review of Books, 48. Jg., H. 8, 17.5.2001, S. 35–37

Ders.: Kosovo. War and Revenge. New Haven, CT, London 2000

Stephan Lipsius: Die neue UÇK in Makedonien und die politische Entwicklung in Kosovo. In: Südosteuropa 50, 2001, S. 1–16

Ders.: Kosovo. Politische Führung zerstritten. In: Südosteuropa 48, 1999, S. 359–372

Ders.: Vorbild UÇK. Albaner in Serbien gründen UÇPMB. In: Südosteuropa 49, 2000, S. 133–143

Fabian Schmidt: Die „Albanische Frage“ im Spiegel der regional-albanischen Diskussion. In: Südosteuropa 49, 2000, S. 375–400

Ulrich Schneckener: Die EU als Krisenmanager. Der Testfall Mazedonien. In: Internationale Politik 56, 5/2001, S. 43–48

Veton Surroi: Das Experiment Kosovo. Ehrgeizige Ziele – Unrealistische Erwartungen In: Internationale Politik 56, 3/2001, S. 27–31

Stefan Troebst: Balkanisches Politikmuster? Nationalrevolutionäre Bewegungen in Südosteuropa und die „Ressource Weltöffentlichkeit“. In: Osteuropa 50, 2000, S. 1254–1266

Ders.: Die Albanische Frage – Entwicklungsszenarien und Steuerungsinstrumente. In: Südosteuropa-Mitteilungen 40/2000, S. 124–137

Ders. Kommunizierende Röhren: Mazedonien, die Albanische Frage und der Kosovo-Konflikt. In: Südosteuropa-Mitteilungen 39/1999, S. 215–229

Ders.: The Kosovo conflict. In: SIPRI Yearbook 1999. Armaments, Disarmament and International Security. Hg. vom Stockholm International Peace Research Institute. Oxford 1999, S. 47–62

Heinz Willemsen: Republik Makedonien. Innenpolitische Konflikte eines jungen Staates in einer instabilen Region. Berlin 2001 (= Stiftung Wissenschaft und Politik-Studie S 6)

Heinz Willemsen, Stefan Troebst: Transformationskurs gehalten. Zehn Jahre Republik Makedonien. In: Osteuropa 51, 2001, S. 299–315